

Straße/Hausnimmer	
in the second of	Kto.Nr.
Postleitzahl/Wohnort	
Telefon Geburtsdatum	Name des Kreditinstituts
E-Mail	in PLZ
Betrieb: Name und Ort	
O männlich O weiblich O vollzeitbeschäftigt O teilzeitbeschäftigt	igt Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bind darüber informiert, dass
in O Angestellte/r O kaufm.	
Nationalität	mir nach § 5 der Satzung zu en 1% des monatlichen Bruttoverd Diese Einzugsermächtigung ka
Mitgliedsbeitrag (1 % des monati. Bruttoverdienstes) ab Monat	von sechs Wochen zum Quarta widerrufen. Änderungen meine IG Metall mitteilen.
geworben durch (Name und Betrieb)	1



Einkommensbedingungen für die Beschäftigten, statt Unsicherheit und Hungerlöhnen. Gute Renten und eine Arbeitslosenunterstützung, die ein menschenwürdiges Leben und die Aufrechterhaltung des erarbeiteten Lebensstandards möglich machen.

Mit einem gerechten Steuerkonzept kann diese Alternative auch finanziert werden. Die IG Metall schlägt die Anhebung des Höchssteuersatzes vor. Dadurch würden hohe Jahreseinkommen stärker belastet, niedrige Einkommen müssen entlastet werden.

Die Gewerbesteuer soll erhalten und gestärkt und der Körperschaftsteuersatz angehoben werden. Zudem müssen Steuerschlupflöcher geschlossen werden und Steuerhinterziehung stärker bekämpft werden. Alleine die Wiedereinführung einer Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften bringen Mehreinnahmen von 26 Milliarden Euro. Spekulanten sollen mit einer Steuer auf Finanztransaktionen zur Kasse gebeten werden.

Mit der Umsetzung der Forderungen nach einem gerechten Steuersystem. Können die Einnahmen



Gerechte Steuern und die Stärkung der Staatseinnahmen sichern unsere Zukunft

des Staates um rund 75 Milliarden Euro pro Jahr erhöht werden. Damit würde Deutschland gerade einmal das Einnahmenniveau anderer europäischer Staaten erreichen Wir müssen verhindern, dass der Sozialstaat ruiniert wird, um die Reichen verschonen zu können. Vermögende, Personen mit hohen Einkommen und finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. Die IG Metall tritt für ein Steuerkonzept ein, das die Staatsfinanzen stärkt und mehr Steuergerechtigkeit schafft.

Wir fordern:

- ▲ Die Einnahmen des Staates müssen deutlich verbessert werden:
- ▲ die Schuldenbremse darf nicht zur Sozialbremse werden:
- der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss wieder erhöht, eine Vermögensteuer wieder eingeführt, große Erbschaften stärker besteuert werden:
- ▲ die Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden; Steuerhinterziehung muss wirksamer bekämpft werden.

Mehr Infos: www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

IMPRESSUM:

Harausaaha

nerausgeber IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt am Main Wilhelm-Leuschner-Straße 93 60329 Frankfurt am Main www.igmetall-bezirk-frankfurt.de Redaktion: Dorothee Wolf, Alexander Schaff Verantwortlich: Armin Schild

Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Wir danken dem Ressort Wirtschaftspolitik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die freundliche Unterstützung und Überlassung der Materialien.

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de



Z

ш

m

Ш

S

Ш

U

ш

ÜR

S

Ш

U

3

S

 \mathbf{Y}

Berra

Achtung: Sozialer Kahlschlag

Gerechte Finanzpolitik geht anders!



STAAT IN NOT

"Deutschland hat seit vielen Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt" – behauptet Kanzlerin Angela Merkel wo sie nur kann. Sie meint damit, der Staat gebe zu viel Geld aus. Gleichzeitig haben wir die Not des öffentlichen Gemeinwesens täglich vor Augen. Es fehlt an Lehrerinnen und Lehrern. Schulen, Hochschulen und andere öffentliche Gehäude sind in einem jämmerlichen Zustand. Millionen Kinder leben in Armut, weil die Hartz IV-Sätze nicht ausreichen. In einem der reichsten Länder der Welt kann der Staat die notwendiasten öffentlichen Leistungen nicht mehr bezahlen.

Massive Steuerausfälle

Schuld daran sind vor allem Steuersenkungen. Sie haben allein in den letzten zehn Jahren zu Steuerausfällen von über 300 Milliarden Euro geführt. Profitiert haben Unternehmer, Vermögende, Spitzenverdiener und reiche Erben. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sanken die Einnahmen von Staat und Sozialversicherungen in den letzten zehn Jahren von über 46 Prozent auf unter 43 Prozent. Das bedeutet über 80 Milliarden Euro Einnahmen weniger pro Jahr. Zum Vergleich: Das Kürzungspaket der Bundesregierung soll 80 Milliarden Euro in der Summe von vier Jahren bringen, also ein Viertel dieser Ausfälle. Ab 2011 sollen laut Bundesregierung die Einnahmen sogar noch niedriger ausfällen.



Ohne die Steuergeschenke der letzten zehn Jahre wären keinerlei "Sparpakete" notwendig, nicht im Bund, nicht in Ländern und Gemeinden.

Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise kamen neue Herausforderungen auf den Staat zu. Von heute auf morgen wurden zur Rettung von Banken Milliarden bereit gestellt. Mit den durch die Krise verursachten Steuerausfällen und den Mehrausgaben durch die Konjunkturpakete stieg das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen 2009 auf 80 Milliarden Euro. Für 2010 rechnet der Finanzmi-



Um den Sozialstaat ausreichend zu finanzieren, müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen wieder stärker in die Pflicht genommen werden. nister mit einem Defizit von über 130 Milliarden Euro – historische Höchststände.

Sozialer Kahlschlag droht

Die hohe Neuverschuldung war zur Bekämpfung der Krise notwendig.

Jetzt werden die hohen Schulden zur Bedrohung. Denn der Weg zu einem längerfristigen und damit verträglichen Abbau ist verbaut. Durch die 2009 ins Grundgesetz



Anteil von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt



Seit 2000 sind die Einnahmen und Ausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung massiv reduziert worden. In der Krise sind die Ausgaben hochgeschnellt. Die Einnahmen sollen laut Bundesregierung aber weiter sinken. Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 und Bundesregierung, Deutsches Stabilitätsprogramm, Januar 2010



geschriebene Schuldenbremse haben sich die Politiker selbst Fesselr angelegt. Die Länder müssen die Neuverschuldung bis 2020, der Bund schon bis 2016 abgebaut haben.



Die Schuldenbremse wird zur Sozialbremse. Der soziale Kahlschlag verlängert die Krise.

Die schwarz-gelbe Bundesreaieruna will die Neuverschulduna vor allem mit Ausgabekürzungen abbauen. Deshalb droht in den nächsten Jahren ein massiver sozialer Kahlschlag. Seit Juni liegen die Pläne der Bundesregierung auf dem Tisch. Eine Liste der sozialen Grausamkeiten: Kürzungen beim Elterngeld, Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld. Für ALG II-Beziehende sollen die Rentenbeitragszahlungen und das Elterngeld ganz gestrichen werden, ebenso der ALG II-Zuschlag beim Übergang von ALG I. Die Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose sollen massiv gekürzt werden. Beim Personal im öffentlichen Dienst sollen bis zu 15.000 Stellen gestrichen und beim Weihnachtsgeld für Beamte gekürzt werden.

Vermögende, reiche Erben und Bezieher hoher Einkommen werden völlig verschont. Dabei könnten sie höhere Belastungen verkraften, ohne ihre Ausgaben einzuschränken. Sozial- und Stellenkürzungen dagegen werden unmittelbar die Nachfrage schwächen und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Sozialstaat stärken und gerechte Steuern

Es gibt Alternativen zu dieser Politik. Wir wollen mehr und bessere öffentliche Bildungs- und Erziehungseinrichtungen. Eine bessere Pflege von Alten und Kranken mit guten Arbeits- und

Steuer- und Abaabenauoten im Veraleich

2008, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Die Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen liegt in Deutschland deutlich unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuerbelastung von Vermögen und Gewinnen ist besonders niedrig. Quelle: OECD, Revenue Statistics 2009